



Die aktuelle Lage :

Union findet Lösung im Streit über Asyl- und Migrationpolitik

Die vergangenen Wochen in Berlin waren alles andere als ein Zuckerschlecken. Nach den schweren Verhandlungen zum Koalitionsvertrag standen wir wieder vor einer Herausforderung, die die Unionsnerven bis zum Zerreißen angespannt hat.

In der Frage der Asylpolitik und Migration kann man unterschiedliche Meinungen haben. Auch gibt es kein Schwarz und Weiß. Gerade in diesem Themenfeld ist eine sachliche Auseinandersetzung vonnöten, was jedoch durch die Zuspitzung zwischen dem Innenminister Horst Seehofer und Bundeskanzlerin Angela Merkel in den Hintergrund getreten war.

Es ist nicht zuletzt dem Druck aus dem Parlament und unserer Bundestagsfraktion zu verdanken, dass ein Kompromiss gefunden wurde und eine weitere Eskalation abgewendet werden konnte. Ich hoffe, dass nun auch die Sozialdemokraten ihrer Regierungsverantwortung gerecht werden und kein weiteres Öl ins Feuer gießen.

Was haben wir erreicht:

- Nachdem Angela Merkel auf dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs Ende Juni insbesondere Maßnahmen zum besseren Außengrenzschutz der Europäischen Union, kontrollierte Zentren in der EU und Zentren außerhalb der EU sowie finanzielle Hilfen für Herkunft- und Transitländer vereinbaren konnte, haben CDU und CSU jetzt auch tragfähige Lösungen im Bereich der Sekundärmigration erzielen können.

- Zur besseren Ordnung, Steuerung und Verhinderung der Sekundärmigration wurde konkret vereinbart:

- Ein neues Grenzregime an der deutsch-österreichischen Grenze, das sicherstellt, dass wir Asylbewerber, für deren Asylverfahren andere EU-Länder zuständig

sind, an der Einreise hindern.

- Einrichtung von Transitzentren, aus denen die Asylbewerber direkt in die zuständigen Länder zurückgewiesen werden (Zurückweisung auf Grundlage einer Fiktion der Nichteinreise). Dafür wollen wir nicht unabgestimmt handeln, sondern mit den betroffenen Län-



dern Verwaltungsabkommen abschließen oder das Benehmen herstellen.

- In den Fällen, in denen sich Länder Verwaltungsabkommen über die direkte Zurückweisung verweigern, findet die Zurückweisung an der deutsch-österreichischen Grenze auf Grundlage einer Vereinbarung mit der Republik



Der Bundesvorstand der CDU befasste sich mehrfach mit der Auseinandersetzung zu Asyl und Migration.

Foto: Henning Otte

Österreich statt.

Wir brauchen die Antworten, die unseren Werten entsprechen und die davon ausgehen, dass die Würde jedes einzelnen Menschen unveräußerlich ist. Es sind rechtlich konsistente Antworten nötig, die dem Völkerrecht entsprechen, dem europäischen Recht und dem nationalen Recht. Wir brauchen solidarische Antworten in Europa und vor allen Dingen realistische Antworten, die Gesellschaften nicht überfordern, sondern die im Alltag für alle auch lebbar sind.

Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Königlicher Besuch in Berlin	Seite 3
Breitbandausbau	Seite 3
Verteidigungshaushalt	Seite 4



Neues aus dem Bundestag

Wir haben im Deutschen Bundestag in namentlicher Abstimmung über den **Bundshaushalt 2018** entschieden. Der Bund soll in diesem Jahr 343,6 Milliarden Euro ausgeben können. Gegenüber dem Regierungsentwurf für den Bundshaushalt 2018 steigt der Ausgabenansatz damit um 2,6 Milliarden Euro. Die Einnahmen für dieses Jahr steigen in gleicher Höhe. Die Steuereinnahmen werden mit 321,307 Milliarden Euro veranschlagt, im Regierungsentwurf waren es 318,96 Milliarden Euro gewesen. 2017 hatte der Bund laut vorläufigem Haushaltsabschluss 325,38 Milliarden Euro ausgegeben und 330,4 Milliarden Euro eingenommen. Die Investitionen in diesen Jahren sollen gegenüber dem Entwurf um 2,76 Milliarden Euro auf 37,4 Milliarden Euro steigen. Für das Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ ist eine investive Zuweisung von 2,4 Milliarden Euro vorgesehen.

Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe (Pflegeberufe-Ausbildungs- und -Prüfungsverordnung – PflAPrV). Auf Grundlage der Empfehlung des Gesundheitsausschusses verabschiedeten wir eine Verordnung zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes vom Juli 2017. Kernaspekt des Gesetzes war, dass anstelle von drei verschiedenen Ausbildungsgängen künftig die Ausbildung in den drei Berufsfeldern Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und



Altenpflege verzahnt wird. Die Auszubildenden können nach den ersten beiden Jahren generalistischer Ausbildung entscheiden, ob sie diese im 3. Jahr fortführen oder sich zum Kinderkranken- oder Altenpfleger ausbilden lassen wollen. Mit Beschluss der Verordnung regeln wir Detailfragen, damit die reformierten Ausbildungsgänge am 1. Januar 2020 starten können.

Veränderung im Berliner Büro

Im Berliner Büro wird es personelle Veränderungen geben. Zum 1. August geht nach sechs Jahren sehr erfolgreicher Arbeit für mich meine Mitarbeiterin Anna Eichhorn. Sie möchte sich neuen Herausforderungen stellen und auch mehr Zeit für sich und ihre Familie finden. Auch an dieser Stelle möchte ich für die herausragende Arbeit danken, die von großem Vertrauen und Freundschaft geprägt war.



Anna Eichhorn verläßt nach über 6 Jahren mein Berliner Büro.

Für sie wird neu ins Berliner Büroteam Christoph Wilks kommen. Christoph Wilks hat bereits vor seinem Studium vor 9 Jahren einige Monate in

Berlin mitgearbeitet. Seit einigen Jahren verstärkte er das Team der CDU in Celle.

Auch mein Team bei der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CDU-Bundestagsfraktion hat sich verändert. Der militärische Berater Oberst Andreas Pfeifer ist zurück in die Truppe gegangen und für ihn ist neu im Team Oberstleutnant Lutz Müller. Müller kommt von der Luftwaffe und war unter anderem dort als Eurofighterpilot tätig. Den Pressebereich verantwortet seit dieser Woche Frau Janika Papke. Frau Papke war vorher unter anderem für den Soldatensender "Radio Andernach" tätig.



Christoph Wilks verstärkt ab August mein Berliner Büro.

Heideköniginnen, Heidekartoffelkönigin und Wacholderkönigin besuchten Henning Otte

Auf meine Einladung besuchten die Heidekönigin Meißendorf Emely Ahlden, die Heidekönigin Westerweyhe Julia Lange, die Heidekartoffelkönigin aus Bad Bevensen Luisa Hasse und die Wacholderkönigin aus dem Gerdautal Maike Schulz-Broers die Bundeshauptstadt Berlin, um für die heimische Tourismusregion zu werben.

Höhepunkte der dreitägigen Berlinreise waren eine Führung durch das Bundeskanzleramt und ein Gespräch mit Henning Otte im Deutschen Bundestag. Dabei hob Otte hervor, dass er sich sehr über diesen „königlichen Besuch“ in Berlin freue, da mit solch tollen Repräsentantinnen hervorragend Werbung für den heimischen Wahlkreis als Tourismusstandort betrieben werde.

Auf dem umfangreichen Besuchsprogramm standen weiterhin Informationsbesuche im Verteidigungsministerium, im

Bundestag und Bundesrat, in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie in der Niedersächsischen Landesvertretung.



v.l.n.r.: Emely Ahlden (Heidekönigin Meißendorf), Maike Schulz-Broers (Wacholderkönigin), Luisa Hasse (Heidekartoffelkönigin), Henning Otte, MdB, Julia Lange (Heidekönigin Westerweyhe), Wiebke Nieschulze (2. Hofdame Westerweyhe) und Moritz Marwede (2. Reservebock Westerweyhe) vor der Reichstagskuppel in Berlin.

Foto: Markus Flasche

Breitbandförderung verbessert

Die Bundesregierung konzentriert sich ab jetzt allein auf die schnelle Glasfaser-Technologie. Auf diese Technologie hatten die Landkreise Uelzen und Celle bereits als Vorreiter gesetzt. Die Vermarktung wurde (weitgehend) durchgeführt, die Betreiber stehen fest. Im Landkreis Uelzen wurde mit dem Bau bereits begonnen.

Von Bundesseite wurden die Verfahren deutlich vereinfacht. Künftige (Ergänzungs-)Anträge werden fortlaufend bearbeitet und die Bewilligung der Mittel wird zügig nach Einreichung des Antrages erfolgen. Das Scoring-Verfahren entfällt. Künftig reicht es aus, mit dem Ergebnis des Markterkundungsverfahrens die Förderfähigkeit des beantragten Gebiets nachzuweisen.

Für eine Antragstellung ist kein detaillierter Finanzierungsplan mehr erforderlich. Dadurch sparen die Kommunen bis zu 6 Monate im Verfahren ein. Zugleich werden die Nebenbestimmungen - wie Dokumentationspflichten - deutlich entrümpelt.

Auch der Förderhöchstbetrag des Bundes wird erhöht. Hier haben auch die Landräte aus den Landkreisen Uelzen und Celle einen gewichtigen Anteil daran, dass bestehende Verträge nicht mehr starr gedeckelt sind. Besteht ein erheblicher Mehrbedarf oder werden

bestehende Planungen erweitert, kann es vom Bund weitere Finanzmittel geben.

Die Fördersumme kann nachträglich angehoben werden, wenn die wirtschaftliche Tragfähigkeit durch nachträgliche Ausbaubekundungen in Frage gestellt wird. Damit sollen unerwartete Einnahmeausfälle, bzw. die größere Wirtschaftlichkeitslücke ausgeglichen werden.



Der Breitbandausbau kommt gut voran. Der Wahlkreis Celle-Uelzen ist bundesweit Vorreiter!

Foto: CDU Deutschlands / Markus Schwarze

Verteidigungshaushalt für 2018 im Deutschen Bundestag debattiert und beschlossen



Foto: Markus Flasche

In dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt für 2018 im Deutschen Bundestag debattiert und beschlossen. Der Etat für das Bundesverteidigungsministerium wurde am Mittwoch im Plenum besprochen. In der Debatte habe ich noch einmal klar gemacht: „Unsere Soldaten brauchen jetzt zwei Dinge: Ausrüstung und politischen Rückhalt. Nur dann können Sie ihren Auftrag, die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten, wirksam erfüllen. Diese Prinzipien müssen sich im Verteidigungshaushalt niederschlagen.“

Der Verteidigungshaushalt für das Jahr 2018 ist noch einmal um rund 1,5 Mrd. Euro auf etwa 38,5 Mrd. angewachsen. Damit sind wir für dieses Jahr gut aufgestellt. Außerdem schaffen wir die Möglichkeit einer speziellen Rücklagebildung im Verteidigungshaushalt. Damit setzen wir eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um und erreichen mehr Flexibilität für Rüstungsbeschaffungen.

Deutschland bemüht sich zusammen mit den anderen europäischen NATO-Staaten sehr intensiv, mehr im Bündnis zu leisten. Das gebietet schon unser eigenes sicherheitspolitisches Interesse. Für die kommenden Jahre müssen wir im Verteidigungshaushalt aber noch einmal deutlich nachlegen. Die Sicherheitslage hat sich grundlegend geändert. Deutschland und Europa müssen mehr für die eigene Sicherheit tun. Nach den aktuellen Projektionen fehlen uns allein bis 2021 15 Mrd. Euro im Verteidigungshaushalt. Zwar zeichnet sich für das kommende Jahr eine positive Korrektur der Haushaltsplanungen ab. Wir müssen diesen Weg der Stärkung des Einzelplan 14 des Bundeshaushalts aber konsequent weiter verfolgen.

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Eichhorn



Dr. Svend Moeller



Jörg Grünhagen



Uwe
Moldenhauer

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle

Südwall 26
29221 Celle
Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83
Henning.Otte.wk@bundestag.de

www.facebook.com/henningotte
dcucelleuelzen

Büro Uelzen

Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43
Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Henning Otte, MdB

